

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

E/XXI/190

Bonn, den 5. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Selbstbildnis des Jammers</u>	39

Die CDU/CSU und ihre Verlegenheitsthesen

Von Fritz Stallberg

1a	<u>Sport und Politik</u>	34
----	--------------------------	----

Ein heikles Dilemma

2	<u>Wer gibt Grundsätze auf ?</u>	40
---	----------------------------------	----

Zur Wiederaufnahme der Passierscheinverhandlungen

Von Heinrich Albertz

3 - 4	<u>Gewalt gegen Geist</u>	65
-------	---------------------------	----

Rücksichtslose Vernichtung der Kultur

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Verfechter des Rechts

Westeuropäische Integration - osteuropäische Evolution

Deutsche Gottesdienste in der Erzdiözese Prag

Erst 1967 vor den Bundestag

Erschreckende Zahlen zur Eingliederung

Vorwürfe gegen Landsleute klären

Häftlingsprobleme Thema einer Berliner Tagung

+ + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Braunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Selbstbildnis des Jammers

Die CDU/CSU und ihre Verlegenheitsthese

Von Fritz Stallberg

Wer seine Fraktion beschließen läßt, daß Erhard Bundeskanzler sei und bleibe, handelt aus Verzweiflung. Wer es als amtierender Kanzler nötig hat, mit einer derartigen Formel beruhigt und getröstet zu werden, ist am Ende seines Lateins und demonstriert seine Schwäche. Von wieviel Stimmen diese Formel in der CDU/CSU-Fraktion wirklich unterstützt wurde, spielt kaum noch eine Rolle, sie ist ohnehin nichts wert. Daß Strauß und Gerstenmaier zu denen zählten, die sich der Abstimmung entzogen, rundet das Bild nur ab.

Ludwig Erhard verkörpert heute mehr noch als zuvor die galoppierende Krise seiner Partei und seiner Regierung. Die CDU/CSU ist durch tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zerrissen, durch persönliche Zerwürfnisse in ihrer Handlungsfähigkeit gelähmt und durch interne Machtkämpfe nicht fähig, die ihr als der größten Regierungspartei obliegenden Aufgaben auch nur annähernd zu lösen. Barzels Poststellung, die Fraktion sei sich einig, daß sie diesen Selbstzerfleischungsprozeß nicht mehr lange aushalten werde, kommt einer aus dem Mut der Verzweiflung geborenen Selbsterkenntnis gleich.

Zur Sache ersucht diese Fraktion die Bundesregierung, neben der Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen gegenüber den USA nun auch "einen sichtbaren Schritt auf Frankreich hin zu tun". Auch das ist nicht mehr als eine Verlegenheitsthese, die den Versuch macht, jedem Lager der Fraktion zur zeitweiligen Beruhigung wenigstens ein kleines Spielzeug zu geben. Was ist ein sichtbarer Schritt? Zunächst nur das in dieser Formulierung erkennbare Eingeständnis, bisher Möglichkeiten einer deutsch-französischen Zusammenarbeit ungenutzt gelassen zu haben. Über Richtung und Ziel des "sichtbaren Schrittes" schwieg des Sängers Höflichkeit. Das konnte auch nicht anders sein. Man weiß ohnehin nicht, was man will und ersetzt deshalb Politik durch hohle Thesen.

Einen wirklich sichtbaren Schritt ließ die Bundesregierung am Dienstag durch ihren Verkehrsminister verkünden. Am gleichen Tag als die CDU/CSU-Fraktion ihr Selbstbildnis des Jammers zeichnete, legte Seebach unbekümmert seine Bankrotterklärung der Verkehrspolitik vor. Sie ist nur ein Teilstück der regierungsamtlichen Wursterei und macht deutlich, wie tief der Karren im Dreck steckt.

Die amtierende Bundesregierung ist nicht fähig, ihn wieder flott zu machen. Sie ist voll beschäftigt, sich vor einer Runde ihrer Krise in die andere zu retten. Das ist im Grunde ihr sichtbarer Schritt. CDU/CSU und Erhards Regierung tragen weithin sichtbar den Stempel der Krise.

+ + +

Sport und Politik

Ein heikles Dilemma

sp - Ohne Zweifel hat es sich die Bundesregierung sehr einfach gemacht, als sie die Sportler der Bundesrepublik mit dem Vorwurf der Weichheit bedachte, wenn sie beim Aufzichen der sowjetzonalen Embleme und beim Erhören der Becker-Hymne auf internationalen Spiel- und Kampflätschen nicht protestierend abzogen. Es ist gewiß nicht die Sache der Sportler, politische Entscheidungen zu fällen und die Probleme für sich zu lösen, die die Spaltung unseres Vaterlandes in überreicher Fülle aufwirft. Da sind sie einfach überfordert. Das müssen sie schon der Politik überlassen. Die Sportler der Bundesrepublik würden außerdem die Gefahr der Isolierung heraufbeschwören, denn inzwischen haben die Sportverbände von über 50 Ländern die sowjetzonalen Sportler als eigene Mannschaft akzeptiert, und sie sind nicht gewillt, diesen besondere Vorschriften aufzuerlegen, die über die bisherigen und für alle geltenden hinausgehen.

Gewiß ist das Ulbricht-Regime bestrebt, auf allen nur möglichen Wegen und mit allen Mitteln die ersuchte Anerkennung zu erreichen; aber bedeutet das Anhören der Becker-Hymne und das Zeigen sowjetzonaler Embleme schon die Anerkennung? Aus Furcht davor legt sich die deutsche Politik selbstgewählte Fesseln auf. Die Entwicklung im internationalen Sport ist ohnehin nicht wieder rückgängig zu machen, geschweige denn aufzuhalten. Forderungen und Beschwörungen der Bundesregierung in dieser Richtung bleiben entweder ohne Widerhall oder bringen uns Gelächter ein. Wir dürfen unsere Sportler nicht in der gewiß unverdienten Ruf bringen, bei internationalen Wettkämpfen, in denen auch die Sportler Mittelsdeutschlands auftreten, Störenfriede zu sein.

Es hat erst einiger Zwischenfälle bedurft, ehe sich die zuständigen Ministerien mit dem Bundeskanzler an der Spitze zu einem Gespräch mit den führenden und sorgenbeladenen Sportfunktionären der Bundesrepublik entschlossen. Daß die im Bundestag vertretenen Parteien davon ausgeschlossen waren, ist mehr als ein Schönheitsfehler. Dieses Thema von hochpolitischer Brisanz geht uns alle an. Es gilt, differenzierte Regelungen zu treffen, die Skandale auf internationalen Sportveranstaltungen vermeiden und uns in den Stand versetzen, die auf die Münchner Olympiade gesetzten Erwartungen auch erfüllen zu können.

+ + +

Wer gibt Grundsätze auf ?

Von Heinrich Albertz

In der öffentlichen Diskussion, die leider vorwiegend von Boulevardblättern geführt wird, sind Journalisten und auch Politiker in den letzten Monaten häufig recht leichtfertig mit der Behauptung umgegangen, es würden in Berlin geheiligte Grundsätze der deutschen Politik in Gefahr gebracht oder gar aufgegeben. Diese Behauptung richtete sich vor allem gegen die Passierscheinpolitik des Berliner Senats. Kaum einer, der damit hausieren gegangen ist, dürfte ernsthaft geprüft haben, was Grundsätze aufgegeben hat und was nicht. Denn sonst hätte das Ergebnis, die publizistische Behandlung, ganz anders aussehen müssen. Es war seit jeher einer unserer entscheidenden Grundsätze, Politik für die Menschen zu betreiben und nicht den Menschen zum Objekt der Politik zu degradieren. Dieser Grundsatz wird nicht aufgegeben, sondern praktiziert, wenn wir uns um menschliche Erleichterungen bemühen.

Die Passierscheinvereinbarungen der letzten Jahre waren gewiß Vorstöße in politisches Neuland und sind schon deshalb den Konservativen in unserem Volk und auch in unseren Reihen unsympathisch geblieben. Aber wer ernsthaft prüft, was seit dem 17. Dezember 1963 mit Hilfe der Passierscheinvereinbarungen bewegt worden ist, der wird herausfinden, daß sich unsere Freiheit, Ausgangspunkt aller Überlegungen und Handlungen, bei dieser Konfrontation des Lebens auf beiden Seiten bewährt hat.

Wer behauptet, der Berliner Senat hätte den Grundsatz der Nichtanerkennung in Gefahr gebracht oder gar aufgegeben, der handelt wider besseres Wissen. Denn bis zur ersten Passierscheinvereinbarung hat es keine so deutliche und doch brauchbare Formulierung des Grundsatzes der Nichtanerkennung gegeben. Mit der Nichterlingungsklausel der Passierscheinvereinbarungen ist Nichtanerkennung praktiziert und dennoch Erleichterungen für die Menschen erreicht worden.

Das muß auch bei einem Wechsel in der Wahl der Misset für die Zukunft gelten. Wer glaubt, Grundsätze seien dazu da, in der Tiefkühltruhe der Politik aufbewahrt zu werden, der kann sicher die Verantwortung für die Bevorratung einer Stadt oder eines Landes übernehmen, ist aber gewiß nicht geeignet, seinen Standpunkt in der politischen Auseinandersetzung mit dem Gegner, der wir uns auf deutschem Boden gegenübersehen, erfolgreich zu vertreten.

Wenn wir auch in Zukunft wissen, was wir nicht wollen und was wir wollen - das gilt auch oder besonders für die Bundesregierung - dann werden wir unseren Grundsätzen treu bleiben und dennoch wagen, was um der Menschen willen gewagt werden muß.

Gewalt gegen Geist

Rücksichtslose Vernichtung der Kultur

W.Sch. - Museen sind zwar nicht das Nonplusultra unseres Lebens, aber ohne sie wäre unsere Kenntnis von dem, was wir Vergangenheit heißen, mehr als mangelhaft. Was sich gegenwärtig in Rotchina ereignet, muß daher mit Erschrecken, ja, Entsetzen erfüllen: Die "Rote Garde" dehnt ihr Vernichtungswerk jetzt auch auf Museen und Bibliotheken aus und glaubt, damit die Vergangenheit zu zerstören. So bewahrheitet sich wieder einmal die ironische Feststellung: "Diktatoren müssen die Ver- spiegelung aufrechterhalten, daß alles erst mit ihnen begonnen hat!" Unterstrichen wird diese bittere Wahrheit dadurch, daß sich Mao Tse- tung selber an die Spitze der "Roten Garde" gestellt hat und so deren brutale Handlungen gewissermaßen sanktioniert.

Die Geschichte kennt viele Beispiele, die beweisen, wie Unver- nunft, mehr aber noch Größenwahn einzelner Mächtiger die Menschheit un- wertvolle Schätze des Geistes und der Kultur beraubt hat. So wurde die weltberühmte Bibliothek Alexandria das erste Mal im Jahre 48 v.Zw. zer- stört, als Julius Cäsar in der Königsburg von Aufständischen belagert wurde und nicht nur die Bibliothek, sondern auch seine Flotte verbrann- te. Das zweite Mal fielen die unermeßlichen Schätze dieser Bibliothek dem Islam zur Opfer, als 638 der Feldherr des Kalifen Omar, Amru, ihre Vernichtung befahl, weil nach seiner Ansicht alles, was der Moslem wissen müsse, im Koran stehe.

Kaum anders haben die Nationalsozialisten gehandelt, als sie im großen Stile Bücherverbrennungen inszenierten und glaubten, mit der Ver- brennung aller Bücher, die mir ihrer als Religion verbrannten Ideologie in Widerspruch standen, auch den Geist der Freiheit in Asche verwandelt zu haben. Die Geschichte hat auch diesen Irrtum gründlich korrigiert.

Die gegenwärtigen Ereignisse in China gehen allerdings weit hinaus über Bücherverbrennungen, die übrigens schon in der ältesten Geschichte Chinas ein Vorbild haben: Unter dem ersten Kaiser von Ts'in, der ge- waltsam die schon Jahrhunderte währenden Machtkämpfe der Lehnsfürsten unter- und gegeneinander beendete, wurde mit allen Mitteln der totale Machtanspruch des Staates auf allen Gebieten durchgesetzt. Drakonische

Maßnahmen erzwingen die Einheit des Reiches. Es wurde mit dem Bau der Großen Mauer begonnen, zugleich befahl der Kanzler Li See im ganzen Lande die Vertrennung aller Bücher, weil er damit die Vorstellung verband, dadurch würde auch die feudalistische Tradition zu Grabe getragen. Das war im Jahre 213 v. Zw., und Mao Tse-tung begeht den gleichen Irrtum, wenn er durch die "Ausrottung" der Vergangenheit dem Mao-Tse-tismus Alleingültigkeit verleihen möchte. Koch sind sich politische Beobachter nicht einig, welche Gründe zu diesem "Bildersturm" geführt haben. Es ist durchaus möglich, daß die Widerstände gegen die Diktatur des Kommunismus weit stärker sind, als spärliche Nachrichten aus Rotchina bislang vermuten lassen. Die Umbesetzung wichtiger Ämter läßt ferner den Schluß zu, daß der alternde Mao Tse-tung trotz aller Propagandatricks, die seine physische Stärke belegen sollen, vor seinem Tode nach Mitteln sucht, einen Zerbröckeln des nur auf seine Person abgestellten Kults und damit des rotchinesischen Kommunismus vorzutreiben.

Das würde zugleich eine Erklärung für die kommandierte Wut der rotchinesischen Jugendbrigaden gegen immer noch gepflegte Traditionen, gegen alles, was an das alte China erinnert - auch alte Menschen gehören offenbar dazu! - aber auch an alles, was nicht rotchinesisch à la Mao Tse-tung ist, sein. Doch wie einst die Große Mauer, deren Bau der erste Kaiser von Ts'in befahl, eine völlige Isolierung Chinas nach sich zog, es um Jahrhunderte hinter jedem technischen Fortschritt zurückbleiben ließ, wird der neue Isolationismus statt zu einer Förderung der Machtansprüche Rotchinas zu deren Blockierung und allmählichen Schrumpfung seines Einflusses führen. Schon schwenkt deutlich die Sowjetzone wieder ein in das Moskauer Lager, ähnliche Anzeichen werden auch von Albanien gemeldet.

Die "Rote Garde" ist noch zu jung für die Erkenntnis, daß man im Überschwang eines staatlich befohlenen Zerstörungswillens auch die Zukunft des Landes erschlagen kann, dem man zu dienen glaubt. Das hat wohl zur Genüge jene Vergangenheit gelehrt, die man auslöschen möchte. Das Materielle kann zerstört werden - der Geist lebt auch in den Trümmern weiter!